Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Als Beilage Donnerstag und Sonntag der Stettiner Hausfreund.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 57. Abendblatt. Sonnabend, den 3. Februar. 1866.

Deutschland.

□ **Berlin,** 2. Februar. Es ist ganz richtig, wenn einige Zeitungen gemeldet haben, daß die Staatsregierung morgen bei der Debatte über Lauenburg in der Kammer vertreten sein wird. Graf Bismarck wird erscheinen, und zwar, wie man in Regierungskreisen hört, mit großer Freudigkeit. Denn der ganze Gang der Kommissions-Verhandlungen ist voll der mannigfaltigsten Genugthuungen für die Regierung, und die Art, wie sich der Bericht über die Gewinnung Lauenburgs für Preußen ausspricht, konstatirt einen moralischen Erfolg, von welchem die Regierung und alle Patrioten nur mit Freuden Akt nehmen können. Was die rechtliche Seite der Sache betrifft, so könnte doch nur der eine Punkt eine wirkliche Schwierigkeit machen, daß nach Art. 9 des Gasteiner Vertrages sich die preußische Regierung zur Zahlung der Entschädigung an Oesterreich verpflichtet. Es ist diese Frage indeß durch das bekannte Schreiben des Ministerpräsidenten an die Kommission zunächst erledigt, wodurch natürlich nicht ausgeschlossen ist, daß, falls die Klausel der Geldzahlung durch künftige anderweitige Entschließungen eine Bedeutung für den Staat gewinnen sollte, dann auch die Genehmigung des Landtages eingeholt werden würde. Für jetzt liegt dazu kein Anlaß vor. In dieser Beziehung ist nun freilich die Kommission anderer Ansicht gewesen, und daß das Resultat der morgenden Debatte in demselben Sinne ausfallen werde, ist wohl unzweifelhaft. Man hat nun daraus, daß die Regierung die Frage als eine Prinzipienfrage und also sehr ernst faßt, vielfach die Vermuthung geschöpft, es werde ein Kammervotum, welches nach dem Ausdrucke der Provinzial-Korrespondenz „einen verfassungswidrigen Eingriff in ein unzweifelhaftes Recht des Königs" involvirt, das Signal für den Schluß der Session sein. Indeß ist doch nicht zu vergessen, daß ein derartiger Beschluß, wie rechtswidrig auch immer, seiner Natur nach ohne alle und jede reale Bedeutung und Folge ist und also von der Staatsregierung nicht wohl als ein genügender Grund zu einer so bedeutungsvollen Maßnahme angesehen werden könnte. Wohl aber ist hier daran zu erinnern, daß die Provinzial-Korrespondenz der „Rede des Abgeordneten für Prenzlau" allerdings die Bedeutung vindicirte, daß in ihr ein erstes Anzeichen des sich in alter Weise erneuernden Parteitreibens zu erkennen sei und dabei bemerkte, daß dieser klaren Erkenntniß ein festes Handeln im Interesse des Friedens und der ungefährdeten Entwickelung des Landes im rechten Augenblicke sicherlich folgen dürfte. Daß dieser Augenblick in der morgenden Kammersitzung eintritt, ist möglich; doch wird es dabei nicht auf den Beschluß des Hauses, sondern auf den Ton und den Geist ankommen, in welchem die Debatte geführt wird. Sollte dies in einer Weise geschehen, wie sie aus der früheren Session leider nur zu bekannt ist, so wird die Regierung allerdings keinen Anstand nehmen, zu thun, was sie im „Interesse des Friedens und der ungefährdeten Entwickelung des Landes" für nothwendig hält.

In der morgenden Sitzung des Abgeordnetenhauses wird die Staatsregierung wahrscheinlich die Marine-Vorlage einbringen. — Der von der katholischen Fraktion gestellte Antrag auf eine Adresse an die Krone ist im Druck erschienen. Es ist derselben eine Motivirung und eine 28 Quartseiten lange Denkschrift beigegeben. Der Inhalt all dieser Schriftstücke giebt Zeugniß von der versöhnlichen, auf den Frieden gerichteten nnd darum patriotischen Tendenz des Antrages; allein praktische Vorschläge zur Erreichung dieses Zweckes sucht man leider vergebens. Es werden in Betreff der Budgetfrage oft gehörte Postulate wiederholt und an die Erfüllung derselben das Versprechen geknüpft, daß dann das Abgeordnetenhaus das Budget mit dem Entschlusse berathen werde, den bestehenden Konflikt durch möglichste Berücksichtigung aller thatsächlichen Verhältnisse erledigen zu helfen Das klingt ganz schön und gut; das Schlimme ist nur, daß die katholische Fraktion sehr weit entfernt ist, über die Majorität des Hauses und deren guten Willen zu disponiren, und die Regierung schon deshalb gar nicht in der Lage sein kann, die ihr gemachten Friedenspropositionen in nähere Erwägung zu ziehen. Wenn übrigens die erwähnte Denkschrift auch auf die Entstehungsgeschichte der das Budget betreffenden Bestimmungen der Verfassung zurückgreift, so geht gerade aus dem betreffenden Gesetzgebungsmaterial hervor, daß man sich allerdings damals schon die Frage, was geschehen solle, wenn das Budgetgesetz nicht zu Stande käme, nicht nur vorgelegt, sondern es auch ausgesprochen hat, daß in solchem Fall für die Regierung die Pflicht zu regieren fortbestehe, nur könne sie auf ein Recht dabei nicht Anspruch machen. Daß aber eben dieser Standpunkt der jetzigen Regierung gar nicht ferne liegt, beweist unter Andern folgender Passus in dem letzten Amtsblatt-Artikel: „Die Eröffnungsrede erinnert nicht an die früheren Kämpfe: ohne ein Wort des Vorwurfes erwähnt sie einfach die Thatsache, daß das Gesetz über den Staatshaushalt in der letzten Zeit nicht zu Stande gekommen ist, und daß daher die Verwaltung ohne ein solches Gesetz geführt werden mußte. Die Regierung erneuert nicht den Streit über ihr Recht in solchem Falle; sie spricht nur von einer Pflicht, die sie erfüllt habe, von der Pflicht, die Verwaltung des Landes nicht in's Stocken gerathen zu lassen." — Zum Nachfolger Brüggemann's in der katholischen Abtheilung des Kultusministeriums ist, wie man hört, ein Schulrath aus Schlesien bestimmt.

— Die Hofjagd, welche gestern auf der Schöneberger Feldmark abgehalten werden sollte, wurde in Folge des eingetretenen Regens wieder abgesagt.

— Es ist das Gerücht verbreitet, daß die Vereinigten Staaten den Antrag des Kaisers Napoleon, über die Modalitäten der Räumung Mexiko's in Verhandlungen einzutreten und den Kaiser Maximilian zu denselbeu hinzuzuziehen, mit einem Ultimatum beantwortet habe.

— Im auswärtigen Amte waren gestern Mittags die Minister zu einer längeren Konferenz versammelt. Minister-Präsident Graf von Bismarck wird, obgleich ihm nicht ganz wohl ist, der heute stattfindenden Plenar-Sitzung des Abgeordnetenhauses beiwohnen.

— Wie man in Berlin hört, soll die bekannte Mühle bei Sanssouci nunmehr niedergerissen werden.

— Die „Zeidler'sche Koresp." bestätigt die Nachricht von der Absendung einer preußischen nach Wien gerichteten Beschwerde-Depesche, indem sie in einem längeren Artikel sagt: „Wenn es erlaubt ist, aus mancherlei Anzeichen, die in den letzten Tagen hervorgetreten sind, einen Schluß zu ziehen, so verschließt sich die preußische Regierung nicht der Nothwendigkeit, den Wiener Hof an die Verantwortung, die er durch den Gasteiner Vertrag auf sich genommen, zu erinnern."

— Auf den von der braunschweigischen Regierung geäußerten Wunsch ist es, den „Mil. Bl." zufolge, preußischerseits gestattet worden, daß die Offizier-Aspiranten des dortigen Kontingents die Portepee-Fähnrichs-Prüfung vor der Ober-Militär-Examinations-Kommission in Berlin ablegen.

Bernau. Der Gastwirth Schröder in Zepernick bei Bernau besitzt hinter seinem Hause einen Apfelbaum, der voriges Jahr zur gehörigen Zeit getragen hat. Im November v. J. blühte jener Baum nun zum 2. Mal, was indeß bei dem gelinden Wetter nicht weiter auffiel. Als jedoch der rc. Schröder am 16. Jan. d. J. sich überzeugen wollte, ob sein Obststand durch Raupen leide, fand er zu seinem Erstaunen, daß der qu. Baum zum zweiten Male 21 Aepfel, von der Größe der Wallnüsse, getragen.

Kiel, 1. Februar. Die (bereits telegraphisch gemeldete) gestrige Versammlung von Mitgliedern der holsteinischen Ständeversammlung war von 24 Abgeordneten besucht, 6 Abgeordnete waren durch Vollmacht vertreten. Von den Mitgliedern der Ritterschaft waren nur wenig anwesend. Die Mitglieder der Ständeversammlung waren durch das nachstehende Rundschreiben hierher berufen worden:

„Der Erlaß der K. K. österreichischen Statthalterschaft vom 11. d. M. hat die Besorgniß erweckt, daß die gesetzmäßige zweite ordentliche Ständeversammlung der gegenwärtigen Wahlperiode nicht stattfinden werde. Zur Berathung der Schritte, welche diese Besorgniß zu zerstreuen geeignet sind, erlauben sich die Unterzeichneten, die holsteinischen Herren Ständemitglieder auf Mittwoch, den 31. Januar, Mittags 12 Uhr, zu einer Versammlung im Hause des Herrn H. D. Lange am Sophienblatt einzuladen. Kiel, im Januar 1866. Behn, Bockelmann, Lange, Meyn, Reincke, Rendtorff, Schrader, Versmann, Wiggers."

Die nunmehr an die Statthalterschaft beschlossene Eingabe wegen baldiger Einberufung der Stände wird, wie es heißt, von dem Statthalter Freiherrn von Gablenz nicht entgegengenommen werden.

— Ein Telegramm aus Lübeck vom 1. d. meldet: Die ostholsteinische Volksversammlung ist matt verlaufen; es wurden keine Resolutionen gefaßt, und selbst der Antrag auf Einberufung der Stände unterblieb. (Man scheint auch in Holstein dieser Agitationen nachgerade überdrüssig zu werden.)

Schleswig, 1. Februar. Ueber die Firjahnsche Angelegenheit schreibt man der Flensb. Nordd. Z.:

Es ist Ihnen bekannt, daß zu den in unserer Stadt mit Orden Decorirten auch der Fabrikant Firjahn gehört; derselbe erklärte sich nun zunächst gegen den Frhrn. v. Zedlitz dahin, daß seine Grundsätze es ihm nicht erlaubten, die ihm zugedachte Ehre anzunehmen. In Folge dessen wurde er zu dem Frhrn. v. Manteuffel befohlen; aber auch eine Unterreeung mit diesem scheint nicht zu einer Aenderung seines Entschlusses geführt zu haben. Denn in Folge eines Schreibens des Gouverneurs an das Deputirten-Kollegium, dem Herrn Firjahn als Bürgerworthalter angehört, hat dasselbe sich veranlaßt gesehen, denselben zu ersuchen, aus seiner Mitte auszuscheiden. Der Vorfall ist und bleibt zu bedauern, da Herr Firjahn unzweifelhaft zu den tüchtigsten und thätigsten Mitgliedern der städtischen Verwaltung gehört, und die geschehene Ablehnung, durchaus nicht aus specifischem Schleswig-Holsteinischen Selbstgefühl und aus Abneigung gegen eine Verbindung unseres Laudes mit dem Preußischen Staate erfolgt sein wird. Die Lobsprüche, die ihm deshalb jetzt von den Augustenburgischen Stimmführern in den Zeitungen wegen seines angeblichen „Patriotismus" gemacht werden, wird derselbe wohl von der Hand zu weisen wissen.

Kassel, 31. Januar. Vom Landtage berichtet man der „N.-Ztg." über die Sitzung vom 31. Januar: Prinz Moritz von Hanau ließ die Niederlegung seines Abgeordnetenmandats anzeigen. (Der Prinz wird dem Vernehmen nach Gesandter in Paris werden.) — Der Landtagskommissar legte zwei Gesetzentwürfe vor, von denen der eine die Verkehrsverhältnisse zwischen den Angehörigen des Zollvereins und denen der freien Stadt Bremen, der andere die Bestrafung der mißbräuchlichen Verwendung des zu ermäßigtem Preise abgelassenen Salzes betrifft. Weiter sprach derselbe im Auftrage der Ministerien den Wunsch aus, daß diese so viel wie thunlich mit Interpellationen verschont werden möchten, da durch diese stets mehr oder weniger Störungen verursacht würden. Auf diese Aeußerung antwortete die Kammer durch „ungemeine Heiterkeit."

Heppenheim, 31. Januar. So eben, Nachmittags um 4 Uhr, fand in unserer so friedlichen Gemarkung ein Pistolenduell mit leider unglücklichem Ausgange Statt. Der Redakteur der „Hessischen Volksblätter", Gerichtsaccessist Emmerling, schoß seinem Gegner, dem Veterinärarzt Dr. Netscher auf Pfeddersheim, die Kugel durch die Brust, und liegt Letzterer hier an der Wunde bedenklich darnieder. Es wurde auf nur zehn Schritte Distanz mit gezogenen Pistolen geschossen. Die Veranlassung des Duells war ein dem Redakteur der „Hess. Volksblätter" gemachter Vorwurf über sein Auftreten in der Presse.

Frankfurt a. M., 1. Februar. In der heutigen Bundestags-Sitzung erklärt sich Württemberg zwar bereit, seine Beiträge zu dem Monum. germ. hist. zu geben, wünscht aber, daß man eine bequemere Ausgabe veranstalte, als die in Folio.

Wien, 31. Januar. Der Gemeinderath der Stadt Wien hat an den niederösterreichischen Landtag eine Petition gerichtet des Inhalts, daß in Abänderung einer Bestimmung der Landtagswahl-Ordnung denjenigen, welche in Kommunalangelegenheiten wahlfähig sind, auch das Wahlrecht zum Landtage eingeräumt werden möge. Das ist besonders für Wien wichtig, wo das Wahlrecht für den Landtag in der dritten Klasse mit einem Minimalcensus von 20 Fl. Einkommensteuer schließt, während dieser Census für Gemeindewahlen bis 10 Fl. solcher Steuer hinabreicht. Der betreffende Ausschuß hatte diese Petition gestern erledigt und dem Landtage einstimmig empfohlen, auf die Aenderung jetzt nicht einzugehen. Man berechnet, daß durch dieselbe die Zahl der Wahlberechtigten Wiens etwa um 15,000 vermehrt worden wäre.

Pesth, 2. Februar. Der Kardinal Fürst-Primas von Ungarn hat einen Hirtenbrief an den Klerus erlassen, in welchem der bedrängte Zustand des Papstes geschildert und eine regelmäßigere Ordnung in den Sammlungen des Peterspfennigs empfohlen wird. Er hofft, daß Ungarn dem Beispiele Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Hollands nicht nachstehen werde.

Ausland.

Bern, 29. Januar. Die Durchstechung des Gotthart ist wieder etwas in die Ferne gerückt, weil Bern den bedeutenden ihm zufallenden Beitrag zu den Kosten einstweilen verweigert.

Paris, 31. Januar. Die Verdoppelung des Kapitals des Mobiliarkredits ist eine „Frage" von Wichtigkeit, jedenfalls für die Aktionäre der Kreditanstalt. Vielen unter ihnen ist nicht ganz geheuer zu Muthe. Wie es heißt, haben die Herren Pereire die Mission, eine Gesellschaft zu schaffen behufs Anlegung einer von dem Kaiser sehr gewünschen Verbindungsstraße zwischen dem Theatre français und der neuen Oper. Wer Paris kennt, kann sich einen Begriff von der Ungeheuerlichkeit dieser Unternehmung machen; die Kosten werden auf 300 Millionen angeschlagen. — Eine lange Reklame der offiziösen „France" hatte die Aufmerksamkeit auf die Broschüre „Napoléon IV. et l'Avenir" gerichtet; sie ist aber ein hohles, deklamatorisches Machwerk, ohne die geringste politische Bedeutung. — Mit den deutschen Blättern geht man seit einiger Zeit wieder sehr schlecht um; am meisten wird die „Allgemeine" und die „Kölnische Zeitung" mitgenommen; letztere ist uns seit dem 22. Dezember nicht zu Gesichte gekommen. Die „Kreuzzeitung" fehlte in diesem Monate elf Mal.

London, 31. Januar. Sir Moses Montefiore, welcher für seine jüdischen Glaubensgenossen unter allen Breitegraden thätig ist, hatte an den Schah von Persien eine Petition gerichtet, in welcher er um Abstellung des Drucks bittet, unter welchem die Juden in Persien leiden. Darauf hin erhielt er jetzt die Mittheilung von Lord Clarendon, der Schah habe in Folge dieser Petition den strengen Befehl an die Behörden erlassen, darauf zu sehen, daß die Juden hinfort mit Gerechtigkeit und Milde behandelt werden.

— Die officielle Untersuchung über den Untergang des Dampfers „London" dauert nun schon in den zweiten Tag hinein, ohne irgend wesentliche Resultate zu Tage gefördert zu haben, Die Regierungsbeamten, die über den Bau des Dampfers Bericht abzustatten hatten, erklärten einstimmig, daß das Schiff, als es den Hafen verließ, in jeder Beziehung so seetüchtig war, wie nur irgend eins. Andere Fachkundige theilen diese Ansicht nicht, und irgend ein Grund wird sich am Ende doch auffinden lassen müssen, weshalb ein großes kostbares, mit allen neueren Einrichtungen versehenes Schiff, dem Hunderte ihr Leben anvertrauten, auf hoher See das Opfer eines Sturmes wurde, den viele kleine, unscheinbare Fahrzeuge überdauert haben.

— Das Auswandererschiff „Gratitude", welches am 18. November von Liverpool nach Newyork unter Segel gegangen war, ist den Stürmen des letzten Monats zum Opfer gefallen. Von 300 Emigranten, die sich an Bord befanden, scheint glücklicherweise keiner um's Leben gekommen zu sein.

— Die Berichte vom Lande über die Verheerungen der Viehseuche lauten fortwährend ungünstig. Leider bewährt sich auch die Impfungsmethode nicht, welche in einzelnen Fällen gute Resultate geliefert hat.

Stockholm, 26. Januar. Es ist bekannt, daß der König in einigen Tagen aus Norwegens Hauptstadt zurückerwartet wird, indessen ist es nicht so bekannt, welches die Veranlassung zu seinem Besuche beim Brudervolke war und warum er so schnell zurückkehrt. König Karl, welcher sich mehr für die militärischen Fragen als für irgend welche andere interessirt, glaubte durch seinen persönlichen Einfluß, theils den Chef des norwegischen Kriegs-Departements, den in so hohem Grade unpopulären General-Mayor Wergeland schützen zu können, theils aber auch die norwegische Repräsentation zu veranlassen, den ihr kürzlich vorgelegten neuen Armee-Organisationsplan anzunehmen. Aber die Norweger bewachen ihre constitutionellen Rechte mit aller Sorgfalt und wollen keine fremden Einflüsse darauf einwirken lassen. Es ist somit dem König Karl klar geworden, daß das Storthing nicht daran denkt, sich nach seinen persönlichen Wünschen zu richten, ja, daß es sogar nicht einmal die Militärfrage während seiner Anwesenheit in Christiania zur Entscheidung bringen will!

Von der polnischen Grenze, 31. Jan. (Ostf.-Z.) Ueber Güter-Ankaufe in Polen wird der „Schles. Ztg." aus Ober-

schlesien geschrieben: In dem benachbarten Königreich Polen wurden im Laufe des vorigen Jahres und schon früher zum Theil sehr bedeutende Rittergüter von Deutschen, namentlich auch von Schlesiern, angekauft. Unter den Letzteren befinden sich Graf Henckel von Donnersmarck, Graf Schaffgotsch, v. Kramsta und der Herzog von Ujest. Letzterer steht wegen Ankauf eines weiteren größeren Komplexes noch in Unterhandlung. Die Güter enthalten der Mehrzahl nach Lager von Steinkohlen, Eisenerzen und Galmei, theilweise auch reiche Holzbestände. Bedeutende Transporte von Bau- und Nutzhölzern werden gegenwärtig aus Polen über die Grenze expedirt.

Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 2. Februar. (Haus der Abgeordneten.) Der Antrag des Hrn. Reichensperger und Genossen lautet wörtlich:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, an Se. Maj. den König eine Adresse zu richten, in welcher

1) das verfassungsmäßige Ausgabe-Bewilligungsrecht der Landesvertretung nach Maßgabe der im Kommissions-Berichte vom 9. Januar 1864, Nr. 80 der Drucksachen des Hauses der Abgeordneten, I. Session, VIII. Legislatur-Periode, und in beiliegender Denkschrift enthaltenen Ausführungen dargelegt, sodann

2) Se. Maj. der König ehrfurchtsvoll gebeten wird, die in Folge der budgetlosen Verwaltung seit vier Jahren im Lande hervorgetretene Befürchtung, daß jenes verfassungsmäßige Recht grundsätzlich verkannt werde, durch ein Königliches Wort zu zerstreuen und zugleich der Staatsregierung zu befehlen, der Landesvertretung mit Anträgen entgegen zu kommen, welche die mit der neuen Heeres-Einrichtung verbundene Mehrbelastung des Landes auf das von der Staatsregierung als zulässig erkannte, jedoch bisher von derselben nicht angegebene Minimum zu ermäßigen geeignet sind, endlich

3) die Versicherung ausgesprochen wird, daß nach Sicherstellung des Rechtes des Abgeordnetenhauses das letztere an die Butgetberathung mit dem Entschlusse herantreten werde, die endliche Beseitigung des, den wahren Interessen der Krone und des Landes zuwiderlaufenden Konfliktes durch möglichste Berücksichtigung der obwaltendrn thatsächlichen Verhältnisse herbeiführen zu helfen." — und ist wie folgt begründet:

Die Wünsche des Landes sind vor Allem auf die endliche Ausgleichung des Budgetstreites gerichtet, und das Haus der Abgeordneten kann daher seine Wirksamkeit nicht besser beginnen, als indem es diesen Wünschen der Krone gegenüber Ausdruck verleiht. Jene Ausgleichung ist aber nur möglich auf dem Boden des verfassungsmäßigen Rechtes, und eine umfassende Darlegung dieses Rechtes Seitens des Hauses der Abgeordneten um so mehr geboten, als dieselbe bisheran nur in Kommissions-Berichten und Reden der einzelnen Abgeordneten, nicht in einem vom Abgeordnetenhause selber ausgegangenen Schriftstücke unternommen, und bereits in der Königlichen Thronrede vom 27. Mai 1863 desfalls bemerkt worden ist, ein Nachweis der vielfach behaupteten Nichtachtung oder Verletzung der wichtigsten Rechte des Abgeordnetenhauses sei bisheran nicht einmal versucht worden. Sobald dagegen das wirkliche verfassungsmäßige Recht des Abgeordnetenhauses außer Frage gestellt ist, und die Königliche Staatsregierung ihrerseits dazu übergehen wird, das Minimum der durch die Armee-Organisation bedingten Mehrbelastung des Landes offen darzulegen, was sie nach ihren eigenen Erklärungen bisher noch nicht gethan hat, dann, aber auch nur dann ist die Grundlage gewonnen, auf welcher das von der Krone geforderte und vom Lande ersehnte Ende des Konfliktes durch ein billiges Kompromiß erzielt werden kann.

Der Versuch, zu einem solchen Kompromisse zu gelangen, ist zwar schon zu verschiedenen Malen durch vermittelnde Anträge einzelner Mitglieder des Hauses gemacht worden und erfolglos geblieben, Letzteres jedoch hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Königliche Staats-Regierung nicht geneigt war, ihr letztes Wort auf die Gefahr hin auszusprechen, daß die erstrebte Einigung nicht zu Stande komme, das gemachte Angebot aber von der Gegenseite künftighin als eine unwiderrufliche Konzession behandelt werden würde. Dieser Standpunkt ist indessen unstatthaft, da die Königl. Staatsregierung verpflichtet ist, zur Herstellung verfassungsmäßiger Zustände bis an die Grenze des Möglichen der Landesvertretung entgegen zu kommen. — Unterstützt ist der Antrag durch die Herren: Osterrath, Froning, Dr. Schultz (Borken), Dr. Krebs, Dr. Weber, Schmidt (Paderborn), Stock, Austen, Marquardt, Hobbeling, Haanen, v. Kleinsorgen, Kleinschmidt, Albers.

Die Denkschrift umfaßt 28 Folioseiten und giebt mit großer Schärfe und Klarheit der Deduktion die historische Entwickelung des Budgetsrechtes des Hauses der Abgeordneten.

— Wir haben gestern mitgetheilt, daß sich der Antrag des Abgeordneten Jung auf die einjährigen Freiwilligen polnischer Nationalität beziehe. Dies ist nicht genau. Der Antrag hat das Reskript zum Gegenstand, welches die Minister des Krieges und des Innern am 11. Juni 1865 in Betreff der moralischen Prüfung der Aspiranten zum einjährigen freiwilligen Militärdienst erlassen haben. Dieses Reskript verallgemeinert das Verfahren, welches gegen die jungen Polen in Folge ihrer Betheiligung am Aufstande in Polen eingehalten worden war. Ein jeder Aspirant in ganz Preußen muß ein Moralitätszeugniß beibringen, ehe er als einjähriger Freiwilliger angenommen wird.

— Sämmtliche Fraktionen des Abgeordnetenhauses, mit Ausnahme der konservativen Partei, haben sich gestern mit dem Antrage beschäftigt, welcher in Folge des Obertribunalsbeschlusses bezüglich der Redefreiheit gestellt werden soll. Der Antrag in Form einer Resolution, mit sehr ausführlichen Motiven, ist dahin gerichtet, daß das Haus den Plenarbeschluß des Ober-Tribunals für einen Eingriff in die Rechte des Hauses und einen Privilegienbruch erklärt. Antragsteller ist die gesammte Fortschrittspartei, vertreten durch Frhrn. v. Hoverbeck. — Die Fraktion Bockum-Dolffs war zwar getheilter Meinung in Betreff dieser Resolution, indem sich 29 für, 33 gegen dieselbe erklärten, doch haben bereits 32 dieselbe unterzeichnet. Die polnische Fraktion unterstützt die Resolution, während die Altliberalen sich derselben nicht angeschlossen haben. Wie man hört, beabsichtigen sie eine Interpellation an die Regierung zu richten. Die katholische Fraktion des Centrums neigte sich dem Anschlusse zu, doch wird sie erst heut Abend darüber Beschluß fassen. — Die konservative Fraktion endlich hielt heute Vormittag eine Besprechung ab, in welcher beschlossen worden ist, gegen die Resolution zu stimmen. — Der Antrag wird schon in der morgigen Plenarsitzung eingebracht werden und es dürfte sich über die geschäftliche Behandlung desselben eine so lange Debatte entspinnea, daß am Ende die lauenburgische Angelegenheit gar nicht zur Berathung kommt.

— Die Petitions-Kommission beschäftigte sich mit einer Reihe von Petitionen ohne wesentliches Interesse.

— Die Kommission, welcher der Gesetzentwurf, betreffend das preuß. Medizinalgewicht zur Vorberathung überwiesen worden ist, hat heute eine mehrstündige Sitzung gehalten und den Entwurf mit einigen ganz unwesentlichen Modifikationen angenommen.

— Die Kommission zur Berathung des Becker'schen Antrages wegen des mit der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages hat heut trotz 4stündiger Berathung noch keinen Beschluß gefaßt. — Die Regierung verweigerte die verlangte Vorlage der in dieser Angelegenheit geführten Korrespondenz.

— (Herrenhaus.) Die Staats-Regierung wird äußerem Vernehmen nach in der nächsten Zeit das sogenannte Koalitionsgesetz vorlegen.

— Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs in Betreff der Auflösung der Lehnsverbände in Pommern hat noch keine Sitzung gehalten.

Pommern.

Stettin, 3. Februar. In der Nacht vom 23. zum 24. Januar sind von einem Kohlenlager auf dem Bleichholm ca. 3 bis 4 Last Steinkohlen gestohlen worden. Der Verdacht dieses Diebstahls, sowie mehrerer ähnlicher auf einem Holzhofe am Dunzig im November und Dezember v. J. verübter Steinkohlendiebstähle lenkt sich auf zwei Arbeiter in Grabow.

— Am 28. v. M. Abends wurde einem Mädchen in einem Bredower Tanzlokal ein Doublemantel und ein Federhut gestohlen.

— Vorgestern kamen 2 reisende Braugehülfen in die Brauerei Pommerensdorffer Anlagen, und beanspruchten eine ihnen angeblich zustehende Reiseunterstützung. Als ihnen aber weder diese, noch das hierauf erbetene Almosen gewährt wurde, brach der eine von ihnen gewaltsam einen messingenen Thürdrücker ab und entfernte sich damit, wurde indessen schon gestern in Grabow verhaftet.

— Bei Einberufung von Expektanten in etatsmäßige Stellen eines Kadettenhauses soll denselben nicht mehr ein Postfreipaß, sondern ein Reisegeld gewährt werden, dessen Höhe einerseits nach den Postfahrpreisen, andererseits nach den von Militärpersonen auf Eisenbahnen für Plätze dritter Klasse zu entrichtenden ermäßigten, bezüglich tarifmäßigen Preisen zu bemessen ist. Bei Benutzung von Staats- und solchen Privatbahnen, mit deren Verwaltungen Preisermäßigungen für Militärpersonen vereinbart sind, giebt die Vorzeigung der Einberufungs-Ordre Anspruch auf Ermäßigung der Fahrpreise.

— Die diesjährige warme Januar, welcher bereits eine Menge Pflanzen zur Entwickelung angeregt hat, hat in vielen Kreisen die lebhaftesten Besorgnisse wegen der bevorstehenden Ernte hervorgerufen. Wir können diese Besorgnisse nicht theilen und geben in Folgendem eine Uebersicht der milden Winter nebst den darauf folgenden Ernten.

Januar	Mittlere Wärme	Folgende Ernte	Roggenpreis	
1773	2,5° R.	—		
1782	4,4	—		
1791	3,3	—		
1796	4,4	gut	Jan. 36	Aug. 22
1804	2,6	mittel	Mai 34	Nov. 74
1806	2,6	mittel	Febr. 64	Deb. 48
1817	3,4	mittel	Jan. 80	Aug. 49
1818	2,8	mittel	Jan. 66	Mai 44
1822	2,1	geringe	Juni 16	Juli 29
1825	2,1	gut	Jan. 20	Juli 12
1834	3,2	geringe	Mai 18	Dez. 32
1852	3	geringe	Febr. 60	Aug. 32
1863	3,1	mittel		
1866	4,5			

Die Ernten waren mithin im Durchschnitt mittlere, und dürfen wir auch diesmal auf eine mittlere Ernte hoffen. Was aber diesem milden Winter in diesem Jahre einen besonderen Werth verleiht, das ist, daß die Landwirthe dadurch Futter gewinnen für ihr Vieh und dadurch bei dem großen Mangel an Futter eine wesentliche Aushülfe gewinnen.

— (Stadt-Theater.) Gutzkow's „Königslieutenant", der gestern zum Benefiz für Herrn Asché zur Aufführung kam, führt uns hundert Jahre zurück in das alte Patrizierhaus am Hirschgraben in Frankfurt, das wir Alle aus Göthe's „Dichtung und Wahrheit" kennen und lieben. Wir begegnen in dem Gutzkowschen Lustspiele gar vielen lieben Bewohnern oder Freunden dieses Hauses wieder, wenn wir auch gestehen müssen, daß sie durch Gutzkow's Zeichnung gegen Göthe's liebenswürdige farbenreiche Genremalerei etwas blaß erscheinen. Nur der Graf Thorane ragt durch sorgfältige, markirte Charakterzeichnung über den übrigen Figuren hervor. Besonders leid thut es uns um die treffliche „Frau Rath", daß Gutzkow sie — und noch dazu ganz ohne Zweck, bei des Königslieutenants Erzählung seiner Familiengeschichte zur Lauscherin erniedrigt. Die Aufführung des trotz allerlei kleiner Schwächen und Zudichtungen zu „Dichtung und Wahrheit" immerhin höchst interessanten Zeitgemäldes aus Göthes Jugend war eine im Großen und Ganzen vortreffliche, in einzelnen Leistungen sogar eine glänzende. Dazu gehört vor allen Dingen der „Königslieutenant" des Benefizianten. "Das war ein echter französischer Edelmann aus der alten Schule, vornehm und elegant, liebenswürdig in seiner Begeisterung für die Kunst und ritterlich in seinem Schmerze. Dieser Thorane erinnerte an die Troubadoure der Provence. — Eine durchaus gelungene Figur, ebenso liebenswürdig als ergötzlich, war der Sergeant-Major Mack des Herrn Kneiff, frisch und fröhlich stand ihm das Gretel des Frl. Gauger zur Seite. — Frl. Strehlen als Wolfgang Göthe hätten wir etwas kerniger gewünscht; man mußte wenigstens die Urkraft des großen Göthe in dem Knaben ahnen können.

„Vom Vater hab' ich die Statur,
„Vom Mütterlein die Frohnatur"

sagt Göthe selber von sich — Beides vermißten wir bei dem gestrigen Wolfgang. Wir geben aber gern zu, daß Gutzkow wenigstens ebensoviel dabei verschuldet, wie Frl. Strehlen. Das zweite Mal sprach Frl. Strehlen das reizende Gedicht: „Kleine Blumen, kleine Blätter" mit wahrhaft rührender Herzensstimme. — Frau Scholz als Frau Rath war besonders im ersten Akt frisch und kernig, wie Göthe's Mutter sein muß; gegen Ende trat „die Frohnatur" etwas zurück. Hr. Helgersen gab den lächerlichen Professor Mittler fast etwas zu lächerlich.

†† **Greifenhagen,** 2. Februar. Auch in unserm Kreise hören wir einen Vorfall zur Sprache bringen, der in neuester Zeit überall das Tagesgespräch bildet, wir meinen die Trichinen.

Am 31. v. M. ließ der Prediger Bischof in Cunow bei Bahn zwei Schweine schlachten und um sicher zu gehen, das Fleisch dieser Thiere mikroskopisch durch den Wundarzt Wendt in Bahn beobachten. Bei dieser Untersuchung hat sich denn als Resultat ergeben, daß eins der Schweine an der Trichinenkrankheit gelitten hat, in dem zweiten dagegen zwar keine Trichinen bisher entdeckt worden sind, indessen eine Uebertragung der Trichinen befürchtet werden muß, da beim Zerlegen dieses Schweines dasselbe Messer benutzt ist, welches man zu gleichem Zwecke beim ersten gebraucht hat.

Die geeigneten polizeilichen Maßregeln, wonach der Genuß des Fleisches dieser Schweine verboten ist, sind sofort von dem Königl. Landrathsamte hier getroffen worden.

Köslin. Wegen der milden Witterung des Winters bestimmt die Königl. Regierung hierselbst, Behufs der dringend nothwendigen Schonung des Wildes auf Grund der Allerhöchsten Kabinetsordre vom 18. November 1841, daß der Schluß der niedern Jagd im laufenden Jahre nicht erst mit dem 1. März d. J., sondern schon mit dem 15. Februar d. J. eintreten soll.

— Den Herren Landräthen ist ein Formular für die Zulassungsgesuche zur Fischerei-Ausstellung in Boulogne sur mer mitgetheilt worden, welches in den Bureaus derselben, wie in der Registratur der Regierung hierselbst eingesehen werden kann.

Nach diesem Formulare sollen übrigens die Gegenstände der Ausstellung nicht, nach dem Programm dazu, vor dem 1. Mai d. J., sondern erst vor dem 15. Juni d. J. in Boulogne eintreffen.

Pyritz, 31. Januar. Professor Dr. Queck am Gymnasium zu Sondershausen, ist zum Prorektor und ersten Lehrer des Gymnasiums in Pyritz gewählt und die Wahl bestätigt worden.

Vermischtes.

Berlin. In der Schwendy'schen Brauerei hat sich am Dienstag Nachmittag ein beklagenswerthes Unglück zugetragen. Mehrere Studirende des Königl. Gewerbe-Instituts besichtigten die inneren Einrichtungen derselben und obschon sie durch den Braumeister gewarnt worden waren, den in Thätigkeit befindlichen Fahrstühlen, mit welchem das Malz aus den Kellereien nach den Trockenböden befördert wird, zu nahe zu kommen, beugte sich doch unvorsichtiger Weise ein junger Mann, Namens Aug. Herrmann, der 20jährige Sohn eines wohlhabenden Fabrikbesitzers aus der Gegend von Bielefeld, über eine solche Oeffnung. In dem Augenblick fuhr der Fahrstuhl von oben mit voller Wucht herunter und tödtete den Unvorsichtigen auf der Stelle.

Bergen, b. Falkenstein (im Sächs. Erzgebirge), 31. Januar. Dem „Dr. J." wird von hier berichtet: Am 28. d., Nachmittags gegen 4 Uhr, wurde hier und, wie wir hören, auch in der Umgegend ein leichtes Erdbeben wahrgenommen, das in raschen Schwingungen von Süden nach Norden fortzuschreiten schien und leichte Gegenstände in eine zitternde Bewegung versetzte.

Neueste Nachrichten.

Triest, 2. Februar. Mit der Levantepost sind folgende Nachrichten hier eingetroffen: Konstantinopel, 27. Januar. In Damascus sind Unruhen ausgebrochen. Die Regierung schickt ein Geschwader von Dampf-Fregatten an die Küste von Syrien. — Athen, 27. Januar. Bei der Wahl des Präsidenten der Kammer hat der Kandidat der Regierungspartei die Majorität erhalten. — Smyrna, 27. Januar. Die Ruhe ist im Libanon vollkommen wiederhergestellt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 3. Februar. Witterung: trübe. Temperatur + 7° R. Wind: SW. stürmisch.

An der Börse.

Weizen fester, loco pr. 85pfd. gelber 65—70 Rt. bez., mit Auswuchs 49—62 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Februar-März 69 Rt. Br., Frühjahr 70 1/2, 3/4, 71 Rt. bez. u. Br., 70 3/4 Gd., Mai-Juni 72 Rt. Br., 71 3/4 Gd., Juni-Juli 73 Br., 72 3/4 Gd., Juli-August 74 Br.

Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 46 1/2—48 Rt. bez., Februar 46 Rt. bez. u. Gd., Frühjahr 47 1/8, 46 7/8, 47 Rt. bez., Mai-Juni 48 1/4, 48 Rt. bez. u. Br., Juli-August 49 1/4, 1/8 48 3/4 Rt. bez., 49 Rt. Br. und Gd.

Gerste schlesische loco per 70pfd. 35—39 Rt. bez., Frühjahr 70pfd. schlesische 40 Rt. Br.

Hafer loco 50pfd. 26—27 1/2 Rt. bez., Frühjahr 47—50pfd. 29 Rt. bez. und Gd.

Erbsen loco Futter- und Koch- 46—51 Rt. bez., Frühjahr Futter- 49 Rt. bez.

Rüböl niedriger, loco 15 1/6 Rt. Br., Februar 14 5/6, 14 3/4 Rt. bez., April-Mai 15 1/4 Rt. bez., 15 1/3 Rt. Br., Septbr.-Oktbr. 13 1/3 Rt. Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 14 1/4 Rt. bez., Februar-März 14 1/4 Rt. bez., Frühjahr 14 3/4, 17/24 Rt. bez., Mai-Juni 15 Rt. bez., Juni-Juli 15 1/3 Rt. Br.

Angemeldet: 300 Ctr. Rüböl.

Landmarkt.

Weizen 60—68 Rt., Roggen 46—50 Rt., Gerste 34—42 Rt., Erbsen 46—52 Rt. per 25 Schffl., Hafer 25—30 Rt. per 26 Schffl., Heu per Ctr. 30—35 Sgr., Stroh pr. Schock 12—16 Rt.

Hamburg, 2. Februar. Getreidemarkt leblos. Roggen und Weizen loco waren zu niedrigen Preisen offerirt. Weizen, per Februar 5400 Pfd. netto 116 Bkothlr. Br., 115 Gd. Pr. April-Mai 119 Br., 118 Gd. — Roggen per Februar 5100 Pfd. Brutto 83 Br., 82 Gd. Per April-Mai 80 Br. u. Gd. Oel pr. Mai 33 5/8 — 33 1/2, pr. Oktober 28—27 1/8. Kaffee matt bei stillem Geschäft. Zink 500 Centner, loco C. G. H.-Marke wurden zu 15 Mk. 12 Sch., und 8000 Ctr. pr. Frühjahr zu 15 Mk. 10 Sch. verkauft. Regnerisches Wetter.

London, 2. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen unverändert, fremder etwas mehr gefragt, in Frühjahrsgetreide sehr geringes Geschäft. — Regenwetter.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.